

links i.E.

DIE STIMME DER SP LANGNAU UND DER GEWERKSCHAFTEN

4/2014

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNG VOM 30. NOVEMBER 2014

Volksinitiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung annehmen

Der Geldadel ist Gift für die Demokratie

Der Schauspieler Charlie Chaplin, die Rockröhre Tina Turner und der Tennisstar Jo-Wilfried Tsonga haben eines gemeinsam: Alle hatten oder haben sie ihren Wohnsitz in der Schweiz und alle wurden oder werden sie pauschal besteuert. Weil die Pauschalsteuer ungerecht und einer Demokratie unwürdig ist, empfiehlt die SP die Abschaffung dieser Steuer.

Ausländische MillionärInnen können auf kantonaler wie auf eidgenössischer Ebene von der Pauschalbesteuerung profitieren. Statt dem effektiven Einkommen und Vermögen werden diese reichen AusländerInnen pauschal aufgrund ihrer mutmasslichen Lebenshaltungskosten besteuert (Aufwandbesteuerung). Konkret müssen sie bloss einen Pauschalbetrag als Einkommen versteuern. Auf diesem Betrag wird ihnen der jeweilige ordentliche Steuersatz verrechnet. Voraussetzung dafür ist, dass sie in der Schweiz keine Erwerbstätigkeit ausüben. Deshalb durfte der Tennisspieler Jo-Wilfried Tsonga – er wird im Kanton Waadt pauschal besteuert – nicht an den Swiss Indoors in Basel teilnehmen.

Von Charlie Chaplin zu den Schein-Erwerbslosen

Ursprünglich war die Pauschalbesteuerung vor allem vermögenden RentnerInnen vorbehalten, die ihren Lebensabend in der Schweiz verbrachten («Lex Chaplin»). Mit der Einführung der Personenfreizügigkeit wurden die Altersgrenzen fallengelassen. 2005 waren im Kanton Zürich über zwei Drittel jünger als 65 Jahre. Statt pensionierter Grössen aus Film, Musik und Sport machen immer mehr Business-Nomaden und «Schein-Erwerbslose» vom Pauschalsteuer-Privileg Gebrauch. Bei ihnen ist es mehr als zweifelhaft, dass sie in der Schweiz keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, managen sie doch offensichtlich über hiesige Holding- und Verwaltungsgesellschaften ihre weltweiten Konzerne. Krasses Beispiel ist der russische Oligarch Viktor Vekselberg.

Zürich beweist: es geht auch ohne

Im Februar 2009 hat der Kanton Zürich eine Volksinitiative der Alternativen Liste (AL) mit 52.9% Ja angenommen und die Pauschalbesteuerung abgeschafft. Nach der Annahme der AL-Initiative setzte der Regierungsrat allen Pauschalbesteuerten eine Frist bis Ende 2010. Weniger als die Hälfte - 92 von 201 - Pauschalbesteuerten sind weggezogen, davon 26 ins Ausland. Über 70 Prozent zogen in andere Kantone, davon 22 in den Kanton Schwyz, 13 nach Graubünden, 6 in den Kanton Zug und 5 nach St.Gallen. In ihren Villen wohnen jetzt regulär Steuerzahlende, die in der Regel mehr einbringen, und die ehemals Pauschalbesteuerten zahlen jetzt

nach ordentlichem Steuertarif. Bei Abschaffung der Pauschalbesteuerung in einzelnen Kantonen droht eine Abwanderung in andere Kantone, die von gewissen Finanzdirektoren offen gefördert wird. Mit der landesweiten Abschaffung kann diesem Steuer-Tourismus ein für allemal ein Riegel geschoben werden.

Gegen verlogene Migrationspolitik der Bürgerlichen

Nicht zuletzt ist die Initiative auch eine klare Kampfansage an die verlogene Migrationspolitik der bür-

**Pauschalsteuer
für ausländische Multimillionäre
abschaffen.**

am 30. November:

JA

**zur Abschaffung
der Pauschalsteuer.**



www.pauschalsteuer-abschaffen.ch

Komitee «Pauschalsteuer abschaffen» (JA) • Postfach 1003 • 8004 Zürich



gerlichen Parteien, welche Steuerflüchtlingen mit dem grossen Portemonnaie die Türen weit öffnen und Menschen, die vor dem Elend flüchten, mit harter Hand die Tür weisen. Neulich bei «Giaccobo/Müller» am Schweizer Fernsehen sagte sogar die BDP-Bundesrätin Evelyne Widmer-Schlumpf, die Pauschalbesteuerung reicher Ausländer sei ungerecht.

Niklaus Müller

SP

SP



Oben auf der Planke liegt Gunter und schwitzte wie die deutschen Weltmeister vom Maracana. Kommt der Chef rein. Hugentobler, Gärtnermeister, dritte Generation. Giesst eine Kelle Eukalyptus auf den Granit. Schwenkt dazu den «Blick»: «Hesch's gläse, Groschke? I der Schwyz git's wieder 47'000 nöi Millionäre. Ei Million Dollar muesch uf e Tisch

Sauna Schweiz

lege, de bisch derby.» – «Ich bin nicht dabei. Dafür hab'ich gelesen, dass in Ihrem Land immer mehr Rentner Sozialhilfe beanspruchen. Wie geht das auf, Scheff?». Mischt sich Max ein. Böss-Schofför bei Bern Mobil. «Ganz einfach: Das Geld braucht unser Bundesrat für die armen Flüchtlinge. Da bleibt kein Rappen mehr für den Rentner. Wenn ich überhaupt mal pangsoniert werde, kann ich mir gleich die Kugel in den Kopf jagen.» Poltert Werner herein. Der Baumeister. Giesst drei Kellen auf den Granit. Oben auf der Planke hustet Gunter, und Hugentobler grüsst. «Sali, Wernu. Bisch im Schuss, gäu?» – «Ig muess vorwärts mache. Ds Geschäft louft wie verrückt. Jede wott boue. U'ne e Garte vorem Hüsl. Gut wieder Bütetz für di, Hans.» Hugentobler frohlockt: «Groschke und ich, wir bauen dir die grüne Schweiz.» – «Aber mir geit ds Land us, u i ha z'weni Lüt ufem Bou. Mir sötte no zueschlah, bevor die Blattere platz.» Der Schofför mischt sich ein. «Wie wär's mit mir, Wernu? Ds Bärn wird's gäng wie änger. Im Böss u i de Gasse. Fahre jede Tag zwene Somalier über d'Scheiche. We se preiche.» Der Baumeister runzelt die Stirn. Hugentobler hilft aus der Patsche. «Groschke hat zwei Freunde, die können alles. Um jeden Preis. Nicht wahr, Groschke?» – «Ich weiss nicht, ob die noch wollen.» – «Eigentlich schade, dürfen die Asylanten nicht», fachsimpelt der Baumeister. Widerspruch des Schofförs. Die Stimmen überschlagen sich. Groschke steht auf. Dem Ausgang zu. Bevor er die Tür hinter sich schliesst, legt er sachte den «Blick» auf den Granit. Jaja, äs isch heiss i der Sauna Schwyz. Äs schmürzle. Äs schmöckt nach EGO-Pop.

Andreas Aebi

Ecopop-Initiative

Gefährlich und unmenschlich

Die Initiative will in der Schweiz eine starre Zuwanderungsquote einführen: Die ständige Wohnbevölkerung dürfte noch um maximal 0,2 Prozent pro Jahr wachsen. Mitgezählt würden auch zurückkehrende Auslandschweizer/innen, angeheiratete Ausländer, deren Kinder und Asylsuchende. Das zweite Ziel ist der Umbau der Entwicklungszusammenarbeit: 10 Prozent des Gesamtbudgets sollen zwingend für Massnahmen der freiwilligen Familienplanung eingesetzt werden, um die Geburtenrate weltweit zu senken.

Der langfristige Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen hat höchste Priorität. Die Ecopop-Initiative leistet dazu aber keinen Beitrag. Statt kluge Lösungen für eine nachhaltige Gesellschaft zu fördern, will sie Menschen ausgrenzen. Das ist unmenschlich und gefährlich. Die Ecopop-Initiative ist unmenschlich, weil sie Migrant/innen zu Arbeitnehmenden zweiter Klasse macht. Die vorgeschlagene bürokratische Beschränkung der ständigen Wohnbevölkerung in der Schweiz würde dazu führen, dass die Wirtschaft vermehrt auf Kurzaufenthalter/innen, Saisoniers, Praktikant/innen und Grenzgänger zurückgreift. Diese müssten in ständiger Angst leben, mit dem Verlust der Arbeitsstelle auch das Aufenthaltsrecht zu verlieren. Und wie zu Zeiten des Saisonier-Statuts wären sie von ihren Familien getrennt oder müssten ihre Kinder verstecken.

Ecopop führt zu prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen

- Die Ecopop-Initiative fordert die radikale Begrenzung der ständigen Wohnbevölkerung (Bewilligungen B und C). Nicht betroffen sind Grenzgänger/innen und Kurzaufenthalter/innen. Das führt dazu, dass die Zahl der Kurzaufenthaltsbewilligungen drastisch zunehmen wird. Denn um ihren Bedarf an Arbeitskräften zu decken, werden Arbeitgeber vermehrt auf diese zurückgreifen, was zu einer massiven Zunahme von prekären Aufenthaltsbewilligungen und Arbeitsverhältnissen führt.
- Ecopop führt nicht zu weniger ausländischen Arbeitskräften in der Schweiz, aber zu mehr Migrant/innen mit weniger Rechten. Schon heute kämpfen Kurzaufenthalter/innen mit vielen alltäglichen Problemen und Diskriminierungen.
- Mit Ecopop würde das Freizügigkeitsabkommen gekündigt werden, welches auch Kurzaufenthaltern ein Anrecht auf Familiennachzug zugesteht.



führt so zu einer Rückkehr zu Verhältnissen wie unter dem Saisonierstatut.

- Die Annahme der Ecopop-Initiative bedeutet das definitive Aus für die Personenfreizügigkeit, welche es allen Arbeitnehmenden, Schweizer/innen und Migrant/innen erlaubt, im gesamten EU-Raum zu arbeiten und zu leben. Schweizer/innen können mit Ecopop ebenso wie Migrant/innen nicht mehr frei in andern Ländern Europas arbeiten oder studieren.
- Die Ecopop-Initiative bedeutet das definitive Aus für die flankierenden Massnahmen zum Schutz der Löhne, die an die Personenfreizügigkeit gebunden sind. Mit ihnen soll garantiert werden, dass unabhängig vom Pass alle, die in der Schweiz arbeiten, gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten. Dazu sehen die flankierenden Massnahmen (zu verbessernde Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten vor. Mit dem Wegfall der Personenfreizügigkeit sind diese Massnahmen hinfällig, was dem Lohn- und Sozialdumping Tür und Tor öffnet.
- Ein nach verschiedenen, teils diskriminierenden Statuten strukturierter Arbeitsmarkt erleichtert die Spaltung der Arbeitnehmenden und erschwert so deren Interessenwahrnehmung.
- Ecopop führt zu mehr Illegalität und Schwarzarbeit. Denn wenn die Arbeitgeber die benötigten Arbeitskräfte nicht auf legalem Weg anstellen können, dann lagern sie entweder Bereiche aus oder stellen Arbeitskräfte schwarz ein.
- Ecopop führt zudem zu einer erneuten Verschärfung der Flüchtlingspolitik, da Flüchtlinge zur ständigen Wohnbevölkerung gerechnet werden und künftig aus rein numerischen Gründen abgewiesen werden müssen. Damit verstösst die Initiative auch gegen Völkerrecht.

Ecopop gefährdet den Werkplatz Schweiz und die bilateralen Verträge

- Die Ecopop-Initiative bedeutet das Ende der Bilateralen Verträge I, die neben der Personenfreizügigkeit u.a. auch wichtige Abkommen wie jene zu Technische Handelshemmnisse, Landverkehr oder Forschung enthalten. Diese Abkommen regeln die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Ein Ende dieser Verträge führt zu einer Isolierung unseres Landes. Das wird massive wirtschaftliche Auswirkungen haben, ist die EU doch die mit Abstand wichtigste Handelspartnerin der Schweiz (2012: 56% der Exporte und 75% der Importe). Tausende von Stellen vorab in der Industrie werden verschwinden; die Exporte werden einbrechen und viele Betriebe eine Auslagerung anstreben.

- Ecopop will mit Bevölkerungs- und Einwanderungspolitik die Umweltprobleme lösen. Die Realität aber zeigt: Das Hauptproblem für die Umweltkrisen sind nicht die «zu vielen» Menschen, sondern dass einige von ihnen über ihren Verhältnissen leben und zu viele Ressourcen verbrauchen (ökologischer Fussabdruck). Um die Umweltprobleme zu lösen, müssen wir beim zu hohen Ressourcenverschleiss ansetzen, mit einer zukunftsfähigen Energie-, Verkehrs- und Raumplanungspolitik.
- Umweltprobleme kennen keine Grenzen. Man löst sie nicht, indem man sich abschottet, sondern nur gemeinsam, in Zusammenarbeit mit andern Staaten. Statt wie Ecopop einfach die Schweizer «Heidlandschaft» retten zu wollen, muss diese Zusammenarbeit verstärkt werden.
- Ecopop löst die Umweltprobleme nicht nur nicht, sondern verschlimmert sie ganz konkret. Die von ihr vorgeschlagene radikale Begrenzung der Einwanderung fördert unweigerlich eine drastische Zunahme von Grenzgänger/innen und den damit verbundenen Pendlerverkehr.

Ecopop ist kolonialistisch

- Die Ecopop-Initiative fällt in das alte Paradigma der Bevölkerungskontrolle zurück: Sie verpflichtet die Schweiz, der Bevölkerung armer Länder den Verzicht auf Kinder zu predigen. Dieses koloniale Denken ist unmenschlich und lehnen wir ab.
- Fachleute der Entwicklungszusammenarbeit sind sich einig: Die einseitige Förderung der «freiwilligen Familienplanung», wie sie Ecopop verlangt, ist das falsche Mittel, um die Armut zu bekämpfen. Eine hohe Geburtenrate ist die Folge, nicht die Ursache von Armut. Alle Erfahrungen zeigen: Je besser es den Menschen geht, je höher ihr Einkommen ist und je stärker die gesellschaftliche Stellung der Frauen, desto niedriger ist die Geburtenrate.
- SP und Gewerkschaften sprechen sich gegen die Volksinitiative aus und stimmen Nein zur Ecopop-Initiative! Falsch verstandener Heimatschutz und Ausgrenzung lösen keine Probleme. Ecopop führt in eine Sackgasse.

Stefan Wüthrich
Gewerkschaft Unia

Eidgenössische Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold»

Auf tönernen Füessen

Beinahe wäre diese Initiative nicht zustande gekommen. Erst im letzten Moment konnte das Quorum von mindestens 100000 Stimmen erreicht werden. 106052 gültige Unterschriften waren es schliesslich, das ist für eine Initiative aus der SVP-Küche ein schlechtes Ergebnis. Im Parlament war sie chancenlos: Der Ständerat lehnte sie ohne Gegenstimme ab, der Nationalrat mit 20 zu 129 Stimmen. Was war los mit den Parlamentarierinnen und Parlamentariern der rechtsbürgerlichen Kreise? Die Ergebnisse zeigen auf, dass die Initiative selbst in der SVP umstritten ist. Das hat der Vorstand ihrer Zürcher Sektion übrigens bestätigt, auch er hat das Begehren abgelehnt, obschon es aus ihrem näheren Umfeld stammt. Trotz dieser schlechten Vorzeichen haben die Initianten einen Rückzug stets abgelehnt.

Der Initiativtext

Ursprung der Initiative war ein für die politische Rechte enormes Ärgernis, das sie in bekannter Art und Weise polemisch nationalistisch gefärbt kritisierte. Anfangs 2000 trat eine Änderung des Artikels 99 der Bundesverfassung in Kraft, gemäss der die Schweizer Nationalbank die Höhe ihrer Goldreserve nach eigenem Ermessen, das heisst flexibel, gestalten konnte. Das führte dazu, dass in den folgenden acht Jahren 1550 Tonnen Gold, damals mehr als die Hälfte des Bestandes, verkauft wurden. Der Erlös ging übrigens zu einem Drittel an den Bund und zu zwei Dritteln an die Kantone. Die weiter oben erwähnte heftige Kritik an diesem Vorgehen mündete dann in das Volksbegehren, über das nun am 30. November abgestimmt wird. Es enthält drei Teile:

1. Die Goldreserven der Schweizer Nationalbank sind unverkäuflich
2. Die Goldreserven der Schweizer Nationalbank sind in der Schweiz zu lagern.
3. Die Schweizerische Nationalbank hat ihre Aktiven zu einem wesentlichen Teil in Gold zu halten. Der Goldanteil darf zwanzig Prozent nicht unterschreiten.

Rettet «unser» Schweizer Gold

Dieser Appell an das Stimmvolk tönt wie ein Hilfeschrei. Doch weshalb «unser»? Weltweit werden jährlich rund 3000 Tonnen Gold gefördert. Das Wenige, das in den Bächen im Napfgebiet gewaschen wird, ist natürlich in dieser Schätzung nicht enthalten, gehört nicht «uns» und muss somit nicht gerettet werden. Ebenfalls nicht «uns» gehört das Gold einiger Firmen im Tessin und in der Westschweiz, welche es raffinieren. Sie importieren das kostbare Edelmetall in roher Form, verarbeiten es zu Barren, Platten und Plättchen und verkaufen es mit grossem Gewinn. Wer weiss schon, dass die Schweiz in diesem lukrativen Geschäft Weltmeister ist? Im Verlauf der ersten Jahreshälfte 2013 wurden in unser Land 1865 Tonnen Gold importiert, 1774 Tonnen wurden exportiert. Es ging dabei um Werte in der Höhe von 70 bis 80 Milliarden

Franken. Damit betrug der Anteil der kleinen Schweiz am gesamten weltweiten Goldhandel – stelle man sich das einmal vor – um die 70%. Dass in diesem Geschäft grosse Diskretion herrscht und Transparenz fehlt in Bezug auf die Herkunft des Goldes, erstaunt in unserem Bankenland nicht. Die Arbeits- und Lebenssituation der Arbeiter in den Goldminen in Südafrika oder Peru, wo vielleicht «unser» Gold herkommt, darf kein Thema sein und ist auch keines für die selbsternannten Schweizer Retter. Doch nun zur Nationalbank: Mit ihr haben Exponenten der SVP seit längerer Zeit ihre liebe Mühe. Erinnern wir uns nur daran, dass der Vorgänger des jetzigen Nationalbankpräsidenten nach einer für unsere Verhältnisse aussergewöhnlichen Schlammschlacht, inszeniert durch den Herrliberger Meister, seinen Arbeitsplatz räumen musste. Das Goldvermögen der SNB ist verglichen mit den im Handel tätigen Firmen etwas bescheidener. Sie hält im Moment noch etwa 1040 Tonnen an Gold. 70% davon werden in der Schweiz gelagert, der Rest in Grossbritannien und Kanada. Das ist «unser» Gold, muss offenbar «gerettet» werden. Nicht nur wir als linke Partei sehen das anders.

Ein Unsinn

Die Bundesverfassung bestimmt, dass die Nationalbank als unabhängige Zentralbank eine Geld- und Währungspolitik führt, die dem Gesamtinteresse des Landes zu dienen hat. Zum Erreichen dieses Auftrages sind ausgewiesene Fachleute nötig, der Bund seinerseits verschafft dem Institut die nötigen Freiräume zur Umsetzung. Unabhängigkeit und Flexibilität sind unbedingte Voraussetzungen zu einer solchen Tätigkeit, und darum gilt es, jeder Einflussnahme von aussen zu wehren, vor allem wenn sie, wie in diesem Fall, naiv populistisch begründet ist. Die öffentliche Schweiz ist sich in seltener Einmütigkeit in der Beurteilung einig, dass die Forderungen der Initianten, sollte man sie umsetzen müssen, unserem Staat enormen wirtschaftlichen Schaden zufügen würden. Die 1040 Tonnen Goldreserven der Nationalbank entsprechen einem Anteil an ihren gesamten Aktiven von 7,5%. Damit zählt die Schweiz übrigens noch immer zu den Ländern mit den grössten Anteilen. Müsste gemäss der zentralen Forderung der Initianten der Anteil auf 20% erhöht werden, müsste die Nationalbank auf dem Weltmarkt Gold für 60 Milliarden Franken kaufen. Später würden Ankäufe fremder Währungen oder sinkende Goldpreise zu einer neuen Reduktion des Anteils führen. Es müssten darum neue Käufe getätigt um die 20% wieder zu erreichen. Bei steigendem Preis darf jedoch kein Gold verkauft werden, denn das wäre der Bank untersagt. Das ist schlimmste Einflussnahme auf die Geschäftspolitik der SNB durch Besserwisser, ist purer Unsinn und zeugt von fehlendem Sachverstand der Initianten. Darum ist die Initiative der SVP «Rettet unser Schweizer Gold» abzulehnen.

Martin Jäggi

Baumeisterverband will «Denkpause» bei den Löhnen

Eine ungeheure Provokation der Baumeister!

An der zweiten Lohnrunde vom 7. Oktober hat die Delegation des Schweizerischen Baumeisterverbandes (SBV) die Verhandlungen abgebrochen, ohne der gewerkschaftlichen Verhandlungsdelegation einen konkreten Vorschlag für die Lohnerhöhung 2015 zu unterbreiten. Die Gewerkschaften fordern den Baumeisterverband auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Die Baumeister geben selber zu, dass es der Branche gut geht. Die Auftragsbücher sind voll und das Personal ist knapp. Trotzdem hat der Baumeisterverband die Lohnverhandlungen abgebrochen. Das ist ein Schlag ins Gesicht aller Bauarbeiter.

Baumeisterpräsident Werner Messer meinte wörtlich: «Es braucht bei den Löhnen eine Denkpause» und «Wir verhandeln heute nicht». Mit anderen Worten, Baumeisterboss Messer will den hart arbeitenden Bauarbeitern trotz guter Konjunktur keine Lohnerhöhung geben. Jede vernünftige Baufirma weiss, was die Bauarbeiter wert sind und dass sie eine anständige Lohnerhöhung verdient haben.

Die Delegation des Baumeisterverbandes kritisierte anlässlich der 2. Verhandlungsrunde, dass die Gewerkschaften ihre Forde-

rungen und Argumente öffentlich und auf den Baustellen kommuniziert hätten. Als demokratische Organisationen legt Unia ihre Forderungen und Aktivitäten gemeinsam mit den Bauarbeitern fest und diskutiert diese auch mit den Betroffenen. Das ist normaler Bestandteil von Vertragsverhandlungen, ebenso die Begründung der Forderungen gegenüber der Öffentlichkeit anlässlich einer Pressekonferenz.

Mit seinem Entscheid, die Lohnverhandlungen einseitig abzubrechen, missachtet der Baumeisterverband zudem den Landesmantelvertrag für das Bauhauptgewerbe (LMV), der in Artikel 51 jährliche Lohnverhandlungen vorsieht. Neben dem Vertragsbruch ist die Verweigerung von Lohnverhandlungen durch die Verbandsspitze auch respektlos gegenüber allen Angestellten des Bauhauptgewerbes. Nach ihrem grossen Einsatz und einem weiteren Rekordjahr haben diese eine Lohnerhöhung verdient. Die Spitze des Baumeisterverbandes verunmöglicht so zudem eine allgemeinverbindliche Lohnerhöhung. Knausrige Firmen, welche trotz guter Konjunktur Lohnerhöhungen verweigern, werden so belohnt, was nicht im Interesse der Branche sein kann.

Die Gewerkschaft Unia hält an ihrer Forderung nach hundertfünfzig Franken für alle fest und erwartet, dass der Baumeisterverband an den Verhandlungstisch zurückkehrt und die Verhandlungen wieder aufnimmt, denn:

- Die Bauarbeiter arbeiten immer härter und produzieren immer mehr.
- Die Auftragsbücher sind voll, die Umsätze und Gewinne der Firmen sind gestiegen.
- Die Aussichten sind weiterhin gleich gut.
- Auf der anderen Seite werden die Krankenkassenprämien und andere Kosten für die Bauarbeiter im nächsten Jahr weiter steigen. Das heisst: Eine anständige Lohnerhöhung von Fr. 150.- für alle ist für die Baufirmen möglich und für die Bauarbeiter notwendig!

Stefan Wüthrich
Gewerkschaft Unia
Mitglied der LMV-
Verhandlungsdelegation

GGR

Umsichtig, aber bestimmt

Traditionsgemäss steht der SP immer im ersten Jahr der neuen Legislatur das GGR-Präsidium zu. Das Amt hat Silvia Röthlisberger inne gehabt. Obwohl die Schluss-Sitzung noch aussteht, darf schon jetzt festgestellt werden, dass Silvia den Rat umsichtig, aber bestimmt und ohne Firlefanz geleitet hat. Sie scheute nicht davor zurück, ihre Ratskolleginnen und -kollegen zu richtigem Hand auf heben zu ermahnen und auch mal eine schwatzhafte Pressevertreterin in die Schranken zu weisen. Liebe Silvia. Merci für deine Büetz.

Die SP-GGR-Fraktion



links i.E. – Danke für Ihr Abo!

Für Ihre Überweisung eines grosszügigen Gönner- und Abonnementsbeitrages mit dem beigelegten Einzahlungsschein auf das PC 30-27704-1 danken wir von Herzen. (Wenn Sie per Bankauftrag oder E-Banking bezahlen, entstehen uns keine zusätzlichen Spesen.)

ABSTIMMUNG VOM 30. NOV. 2014

Abstimmungsparolen

Bund

Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre» (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)

JA

Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebengrundlagen» (Ecopop-Initiative)

NEIN

Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold» (Gold-Initiative)

NEIN

Kanton und Gemeinde: Keine Vorlagen

ABSCHIED

Liebe Rösi Affolter

Am 10. September mussten wir von Dir Abschied nehmen. Dein Tod am 28. August im 96. Altersjahr kam nicht überraschend und doch wussten wir in diesem Augenblick, dass wir mit Dir eine wichtige Person verloren hatten. Du hast schon sehr früh am eigenen Leib erlebt, was Recht und Gerechtigkeit



bedeuten und so war für Dich und Otto der Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei die richtige Konsequenz. Du wusstest Dich für Deine Rechte als Frau zu wehren und hast selten Dein Stimm- und Wahlrecht vergessen. Du warst eine interessierte, humorvolle Frau. So pflegtest Du auch einen grossen Familien- und Freundeskreis. Du warst Naturfreundin und kanntest viele heilbringende Kräuter und wusstest genau, was Deiner Gesundheit dienlich oder abträglich war. Du hast den Menschen nicht nach dem Mund geredet und wir wussten immer, woran wir mit Dir waren. Dein Geheimnis – bis ins hohe Alter jung zu bleiben und Freunde zu gewinnen – war vielleicht, dass Du trotz allem Schwerem, das Dir das Leben bescherte, die schönen Seiten Deines Lebens dankbar annehmen konntest. Dafür danken wir Dir.

Uta Wütherich Krähenbühl

Vor 100 Jahren

Kriegszeit – Notzeit

Die Versammlung der Einwohnergemeinde Langnau am 23. August 1914 war mit 41 Stimmberechtigten schwach besucht. Sie stimmte einem Notkredit von 25000 Franken zu, mit dem ein Lebensmitteldepot für den Fall einer Hungersnot zu finanzieren war. Die Gemeinde, kapitalmässig nicht auf Rosen gebettet, war nicht in der Lage, den Betrag aus der laufenden Rechnung zu bezahlen und musste ihn darum auf dem Darlehensweg beschaffen. Das Lebensmitteldepot wurde dann in der Dorfmühle eingerichtet. Es bestand aus 30000kg Vollmehl, je 2000kg Reis, Haferartikel und Maisgries sowie 12000kg Kartoffeln. Ergänzt wurde es mit einem Kleiderdepot.

Der Grütliverein Langnau

In unserem Dorf bestand bereits seit 1846 ein Grütliverein. Ein paar Wochen vor Beginn des Weltkriegs sammelte er Geld zu Gunsten der streikenden und ausgesperrten Uhrenarbeiter in Grenchen, ein Hinweis, dass der Verein politisch links ausgerichtet war. Nach Ausbruch des Krieges leitete der neue Präsident, der Maler Friedrich Reusser, eine Versammlung im Hübeli. Die wenigen Anwesenden kamen in ihren Beratungen zum Schluss, dem Gemeinderat sei angesichts der schwierigen Lage ein Brief

zu schreiben mit der Frage, «auf welche Weise die Herren vorzugehen gedenken zum Schutz Unbemittelter respektive Arbeitsloser.»

Drohende Arbeitslosigkeit

Die Angst vor Arbeitslosigkeit war nicht aus der Luft gegriffen. Tatsächlich mussten während des ersten Kriegsmonats verschiedene Unternehmen ihren Betrieb vollständig einstellen. Als Beispiel sei das Baugeschäft F. Mühlemann erwähnt, dort gingen auf einen Schlag 35 Arbeitsplätze verloren. Andere führten ihre Tätigkeit mit reduziertem Betrieb fort, so die Tuchfabrik Zürcher & Co, welche die Zahl der Arbeitsplätze von 80 auf 40 verminderte. Beim grössten Arbeitgeber der Gemeinde, der Tuchfabrik Reichen, Lauterburg & Cie im Bärau, wo vor dem Krieg 220 Frauen und Männer angestellt waren, wurde die Zahl der noch vorhandenen Arbeitsplätze Ende August offiziell mit «ungewiss» angegeben. Aus einem Protokoll des Komitees zur Unterstützung von Notleidenden erfahren wir, dass die 44 Jahre alte Fabrikarbeiterin Bertha A., die vermutlich in der Tuchfabrik gearbeitet hatte und am Styg im Bärau wohnte, von ihrem Arbeitgeber entlassen wurde, «da die Arbeit gänzlich eingestellt ist.» Ihr Mann leistete zu diesem Zeitpunkt seinen Aktivdienst.

Fleissige Frauen und Töchter

Während für die Unterstützung der Bedürftigen Notstandskomitees, Armenpflege oder, wie in Langnau, Suppenküche und gemeinnütziger Frauenverein tätig waren, dies allerdings mit bescheidenen finanziellen Mitteln, unterstützten viele «Frauen und Töchter» die Soldaten im Feld mit der Herstellung von Strick- und Näharbeiten. Anfang Oktober wurden in unserem Dorf 650 Paar Socken, 580 Hemden, 120 Paar Unterhosen und 60 Wäschesäcklein gespendet. Das Emmenthaler Blatt lobte die «Aufopferung und grosse Ausdauer hiesiger Frauen und Töchter». Bescheidener fielen die Ergebnisse der Liebesgabensammlungen des Roten Kreuzes aus. Am 5. Dezember wurden auf der Sammelstelle Langnau 15 Franken an Barspenden notiert sowie als Naturalgaben 1 Paket Zigarren, 2 Brustwärmer, 1 Paar Pulswärmer und 4 Paar Socken. Schliesslich wollten sich auch die Samariterinnen «für das Vaterland nützlich machen.» Sie trafen sich ab Dezember regelmässig im Arbeitsschulraum in der Sekundarschule und stellten aus alten Kleidern und Teppichen Kantonnementsfinken für die im Gebirge ihren Dienst leistenden Soldaten her.

Martin Jäggi

Pfifanter

Bernstrasse 6, 3550 Langnau
Tel./Fax 034 402 51 72
Mo-Fr 9-12/14-18.30 Sa 9-16

malerei

Hanspeter Haldemann
Obermatt 408 • 3550 Langnau
Tel. 034 402 51 23

FÜR GESUNDES LIEGEN + SITZEN
BETTENHAUS

Lehmann

ALLEESTRASSE 1 • 3550 LANGNAU • TEL. 034 402 19 39
WWW.BETTENHAUS-LEHMANN.CH
FREITAG OFFEN BIS 21.00 MONTAG GESCHLOSSEN

BETTEN VORHÄNGE
SCHRÄNKE BODENBELÄGE

Gewerkschaft und Arbeitslosenkasse in deiner Nähe

Unia Region Oberaargau-Emmental:
Mühleggässli 1, 3550 Langnau i.E.
T 034 402 78 41, langnau@unia.ch

Gemeinsam erreichen wir mehr.
www.unia.ch, www.alk.unia.ch

ETCETERA
Die soziale Arbeitsvermittlung

WIR SIND FÜR SIE DA!

Wir vermitteln Ihnen Hilfskräfte für Reinigung, Haushalt, Garten, Büro, Zügeln, Bau etc. und rechnen die Sozialleistungen ab.

Ein Anruf genügt!

034 402 73 82

Preis auf Anfrage

www.etcetera.sah-be.ch

Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH
SAH BERN
Œuvre suisse d'entraide ouvrière OSEC
Soccorso operaio svizzero SOS

The best things in life aren't things.
Art Buchwald

Abrakadabra Treuhand

RENATO GIACOMETTI
Treuhandler mit eidg. FA
Hühnerbach 221 3550 Langnau
Tel. 034 497 32 61
mail@abrakadabra-treuhand.ch

Am besten, man hat selber ein Kraftwerk.

elentec

Niederhauser und Thommen GmbH
Energietechnik - Photovoltaik
Dorfstr. 5 • 3550 Langnau
Tel. 034 408 10 00
www.elentec.ch

Kleiner Gemeinderat

Bernhard Antener
Fansrütistrasse 19
3550 Langnau
Tel. 034 402 22 68
bernhard@anteners.ch
Gemeindepräsident

Susanne Kölbl (parteilos)
Dorfberg 554
3550 Langnau
Tel. 034 402 73 00
susanne.koelbli@dorfberg.ch
Sozialwesen, Kinder und Jugend

Renate Strahm
Mooseggstrasse 8
3550 Langnau
034 402 52 91
renate.strahm@gmx.ch
Bildung

Grosser Gemeinderat

Kommission/Gremium

Telefon

Mail

Hansueli Albonico		034 402 48 76	
Agathe Aschwanden	Kommission Soziale Dienste	034 402 74 02	agatha.aschwanden@hilotec.com
Regula Blatter			regula.blatter@bluewin.ch
Renato Giacometti	Finanzkomm., Schulkomm.	034 402 32 61	r.giacometti@gmx.ch
Rachel Hasler		034 402 33 76	rachelhasler@bluewin.ch
Daniel Liniger	Fraktionsleiter	034 402 52 17	dani.liniger@bluewin.ch
Nazim Rexhepi	SP Vorstand	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger	SP Vorstand/GGR-Präsidium	034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Ernst Rutschi		034 461 28 89	ernst.rutschi@zapp.ch
Adrian Schranz		034 402 22 29	adrian.schranz@gmx.ch
Stefanie Strahm			stefanie.strahm@gmx.ch

Parteivorstand

Ruth Antener	Kassierin	034 402 22 68	ruth@anteners.ch
Verena Gertsch		034 402 51 93	verena.gertsch@bluewin.ch
Nazim Rexhepi	Migration	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger	Verbindung GGR	034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Tom Schilt	Mitgliederadministration	034 402 38 44	schilt.tom@gmail.com
Uta Wütherich	SeniorInnen	034 402 48 93	u.w.41@bluewin.ch
Stefan Wüthrich	Finanzk., Gewerkschaften	034 402 59 96	stefan.wuethrich@unia.ch
		034 402 78 41	langnau@unia.ch

Gewerkschaften

Unia Oberaargau-Emmental Mühlegässli 1 bern@unia.ch

Impressum

links i.E.

Postfach 569, 3550 Langnau
Die Stimme der SP Langnau und der Gewerkschaften ertönt vierteljährlich.

Auflage: 1100 Ex.

Redaktion: Bernhard Antener, Martin Jäggi, Stefan Wüthrich

Fotos: zvg

Layout/Gestaltung: PUBLIFORM
Hanspeter Buholzer
www.publiform.ch

Druck: Tanner Druck AG, Langnau

ANLÄSSE

Do 20. Nov.	19.15 Uhr: Vorstandssitzung SP-Regionalverband
Di 25. Nov.	19.30 Uhr: Fraktionssitzung SP Langnau
So 30. Nov.	Eidg. Abstimmungen
Mo 1. Dez.	Nachmittag: Sitzung Grosser Gemeinderat
Do 11. Dez.	19.30 Uhr: Vorstandssitzung SP Langnau
Mo 12. Jan.	19.30 Uhr: Parteitag SP-Regionalverband
Mi 4. März	19.15 Uhr: Parteitag SP Kanton Bern
So 8. März	Eidg. Abstimmungen
Mo 16. März	19.30 Uhr: Fraktionssitzung SP Langnau
Mo 23. März	19.30 Uhr: Sitzung Grosser Gemeinderat

WIR GRATULIEREN

28. November	Widmer Walter (87)
30. November	Jaggi Siegfried (87)
3. Dezember	Ramseier Hansruedi (75)
13. Januar	Zürcher Alfred (81)

Unsere(n) Jubilaren gratulieren wir recht herzlich zum Geburtstag und wünschen allen gute Gesundheit im neuen Lebensjahr.

Vorstand SP Langnau

